



»Menschen werden aus sozialer Not straffällig«

Frank Nonnenmacher: Emeritierter Professor aus Frankfurt referiert bei der VHS Marktheidenfeld über ignorierte Opfer des Nationalsozialismus

Von unserem Redakteur
CHRISTIAN WEYER

MARKTHEIDENFELD. In den Konzentrationslagern (KZ) der nationalsozialistischen Diktatur wurde eine unvorstellbare Zahl von Menschen inhaftiert, schikaniert und viele von ihnen auch ermordet. Zu den Häftlingen gehörten auch Menschen, die von den Nazis



als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« bezeichnet wurden. Ihr Schicksal wurde nach dem Krieg lange Zeit verschwiegen, die Opfer erhielten keine Anerkennung.

Zu jenen, die sich für sie einsetzen, gehört der Sozialwissenschaftler Frank Nonnenmacher. Der emeritierte Professor der Goethe-Universität in Frankfurt wird am Mittwoch, 22. Januar, um 18 Uhr in einem Vortrag an der Volkshochschule (VHS) Marktheidenfeld über dieses oft übersehene Kapitel der Geschichte des Nationalsozialismus referieren.

Unser Medienhaus hat vor seinem allerersten Vortrag in Marktheidenfeld vorab mit dem 80-jährigen Wissenschaftler gesprochen.

Herr Professor Nonnenmacher, in Ihrem Vortrag geht es um eine Auseinandersetzung mit der Geschichte und der Verantwortung der Erinnerung. Sie sprechen über das Thema der von den Nazis als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« bezeichneten KZ-Häftlinge. Ihr Onkel Ernst Nonnenmacher war selbst in den Konzentrationslagern Flossenbürg und Sachsenhausen inhaftiert. Wie hat seine Geschichte Ihre Forschung und Ihr Engagement beeinflusst?

Ich bin natürlich ganz besonders stark beeinflusst dadurch, dass ich schon als junger Mann erfahren habe, dass mein Vater im Nazi-Reich ein gefeierter Ju52-Pilot war, während zur gleichen Zeit sein Bruder, also mein Onkel Ernst, im KZ war. Das hat mich schon sehr stark geprägt. Zunächst emotional, zunächst auch in gewisser Weise meinen Vater anklagend und meinem Onkel gegenüber gleich Verständnis entgegenbringend. Mit zunehmendem Alter bin ich rationaler an die Sache herangegangen, habe geforscht und Interviews geführt – erst mit meinem Onkel, dann mit meinem Vater. Ich habe auch mit anderen viele Gespräche geführt, bin nach Sachsenhausen gefahren, nach Flossenbürg, habe in Arolsen gesucht. Ich habe also ganz normale Hintergrundforschung betrieben, um dann vor zehn Jahren eine Doppelbiografie schreiben zu können über meinen Vater und meinen Onkel.

Das war aber nicht Ihr einziges Werk zu diesem Thema, nicht wahr?

Als ich in Sachsenhausen eine wissenschaftliche Kollegin traf, Frau Dagmar Lieske, habe ich mit ihr verabredet, dass man das Ganze noch wissenschaftlicher, seriöser auf die Füße stellen muss. Dass vor allem auch Zeitzeugen und Nachkommen befragt werden müssen, um das Wissen um diese Opfergruppe, das extrem gering war, weil 70 Jahre lang nicht geforscht worden ist, überhaupt zu sichern. Deshalb haben wir verabredet, einen Appell an den Bundestag zu richten, der dazu führen soll, dass die Menschen mit dem schwarzen und dem grünen Winkel endlich anerkannt werden sollen als Opfer des Nationalsozialismus. Und ich habe dann ein Buch mit den Verfolgenschicksalen herausgegeben, das Anfang 2024 erschienen ist.

Was war für Sie die bewegendste oder überraschendste Erkenntnis während ihrer Recherchen?

Das Überraschendste und Dominante ist die Unkenntnis, die



Frank Nonnenmacher hat im vergangenen Jahr bei der Sitzung im Landtag Rheinland-Pfalz zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus gesprochen. Am Mittwoch, 22. Januar, um 18 Uhr hält er erstmals an der Volkshochschule Marktheidenfeld einen Vortrag über ignorierte Opfer des Nationalsozialismus. Foto: Helmut Fricke/dpa

Nichtpräsenz dieses Themas sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in der Erinnerungsliteratur. Wir wissen zum Glück viel über die jüdischen Opfer, aber auch über andere, die später anerkannt worden sind, zum Beispiel Homosexuelle oder Sinti und Roma. Hingegen ist die Information über die sogenannten Schwarz- und Grüngewinkelten – ich vermeide hier die Sprache der Nazis – in der Bevölkerung extrem dünn, um nicht zu sagen, so gut wie Null. Und das hat sich erst in den letzten zehn Jahren ein bisschen gebessert.

Welche unterschiedlichen Erfahrungen haben Menschen mit dem schwarzen und grünen Winkel im Vergleich zu anderen Häftlingsgruppen in den Konzentrationslagern gemacht?

In den Konzentrationslagern sind die Häftlingsgruppen nicht unbedingt unterschieden worden nach Winkeln und dann mehr oder weniger brutal behandelt worden, sondern nach individuellem Verhalten, nach Anpassung an die Lagerregeln, nach der Fähigkeit, sich in dieses System einzufügen und Demütigungen und Erniedrigungen zu ertragen. Und das war über die Winkelfarben hinweg bei jedem individuell anders und unterschiedlich. Ich bin eher für eine Betrachtung, die nicht die Häftlingsschicksale höher oder niedriger einschätzt wegen einer Winkelfarbe.

Welche politischen und gesellschaftlichen Kräfte haben nach dem Krieg dafür gesorgt, dass diese Opfergruppen von der Anerkennung ausgeschlossen bleiben?

Da muss man leider sagen, dass es vor allem die Häftlinge mit dem roten Winkel, also die aus politischen Gründen Verfolgten waren, die sehr früh dazu beigetragen haben, dass ihre Kameraden mit dem schwarzen und dem grünen Winkel nicht als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt werden sind.

Dazu gibt es inzwischen Dokumente, das wird auch gar nicht mehr bestritten. Es war so, dass die politischen Häftlinge nach 1945 mit einer gewissen Berechtigung damit rechnen mussten, dass auch sie selbst sich rechtfertigen müssten. Denn die normale deutsche Bevölkerung hat Menschen, die im KZ waren, nach 1945 nicht mit offenen Armen respektvoll empfangen, sondern sie hat sie sehr skeptisch, getragen von Vorurteilen, gesehen.

»KZ? Wer war denn dort? Waren das nicht auch irgendwie verdächtige Leute? Waren die nicht auch zu Recht im KZ?« Das war sozusagen die Grundhaltung, mit denen sich vor allem die politischen Häftlinge und natürlich die anderen, die erst später anerkannt worden sind, auseinandersetzen mussten. Und zudem schien es notwendig, zu erklären, warum es

Häftlinge gab, die auch Helfer der SS waren. Und dieses Thema: »Wer war im KZ Helfershelfer der SS?«, das wollten die politischen Häftlinge ausschließlich auf die Grün- und Schwarzwinkelten abschieben.

»Wenn es schikanierende Funktionshäftlinge gab, dann waren das die »Grünen« und die »Schwarzen«, aber wir, die »Roten«, wir waren es nicht.«

Deswegen ist da eine ganz klar diskriminierende Position eingenommen worden schon in den ersten Jahren nach dem Krieg, und die war dann auf Jahrzehnte hinaus entscheidend für die Rufbildung.

Der Bundestag hat am 13. Februar 2020 beschlossen, diese Menschen mit den schwarzen und grünen Winkeln als Opfer anzuerkennen. Was hat das bewirkt und welche Aspekte der Anerkennung bleiben trotz dieses Beschlusses gegebenenfalls unzureichend?

Dass es diesen Beschluss gibt, ist erst einmal großartig. Ich bin mehrfach im kulturpolitischen Ausschuss geladen gewesen und habe die Stimmung dort erlebt. Dass der Beschluss gefasst wird, war nicht von Anfang an klar, und es ist in einem schwierigen Prozess dann doch dazu gekommen. Das Besondere war, dass nicht nur die damaligen Regierungsfractionen diesem Antrag zugestimmt haben, sondern auch die Opposition, so dass wir einen einstimmigen Bundestagsbeschluss haben, wobei die AfD nicht dafür gestimmt, sondern sich enthalten hat.

Diese Einheit der demokratischen Parteien kann meines Erachtens gar nicht genug hervorgehoben werden. Positiv ist auch, dass dazu weitere Beschlüsse gefasst worden sind. Denn mit der bloßen Anerkennung ist es ja nicht getan. Die muss, wie es auch in dem Beschluss steht, in der Erinnerungskultur verankert werden. Dazu müssen zum Beispiel, so steht es in dem Beschluss, die bisher ausgebliebenen systematischen Forschungen zu den Schicksalen dieser Menschen endlich stattfinden.

Ebenso notwendig ist, dass der Bundestagsbeschluss auch in dem Punkt umgesetzt wird, wo es heißt,

die Forschung über die Rolle der beteiligten Verfolgungsinstanzen, zum Beispiel der Polizei, zum Beispiel der Fürsorgeämter, muss endlich stattfinden.

Die Wanderausstellung, die der Bundestag ebenfalls beschlossen hat, ist inzwischen auf den Weg gebracht. Sie läuft zurzeit in Berlin und ist danach an weiteren Standorten zu sehen. Das ist positiv. Aber alle anderen Beschlüsse, die im Bundestag einstimmig gefasst worden sind, insbesondere zur bisher ausgebliebenen Forschung, sind bis heute nicht verwirklicht worden.

Auch ein zentrales Mahnmal in Berlin für die verleugneten NS-Opfer fehlt.

Im Jahr 2023 wurde – auch unter Ihrer Mitwirkung – der »Verband für das Erinnern an die verleugneten Opfer des Nationalsozialismus«, kurz Vevon, gegründet. Wie kam es dazu?

Bei meinen Vorträgen, die ich seit ungefähr zehn Jahren halte und zu welchen ich seit dem Bundestagsbeschluss vermehrt eingeladen werde, habe ich auch Menschen kennengelernt, die selber Nachkommen von ehemaligen KZ-Häftlingen mit dem schwarzen und grünen Winkel waren. Aus diesem Kreis kam der Impuls: »Könnten wir da nichts machen, könnten wir uns da nicht irgendwie mal assoziieren?«

Das war eine sehr schwierige Sache. Weil ich ja nirgends hingehen konnte und mir eine Adressenliste ehemaliger KZ-Häftlinge mit dem schwarzen und grünen Winkel geben lassen konnte. Solche Listen, solche Dokumente wurden nicht geführt – nirgends. Auch die Namen helfen wenig weiter, weil die Nachkommen heute andere Namen haben; also wie soll man an solche Menschen kommen? Das ging einfach nur dadurch, dass verschiedene Zeitungsorgane bereit waren, einen kurzen Artikel »Nachkommen werden gesucht« abzudrucken, der mit einer E-Mail-Adresse endete. Auf diese Weise ist es uns gelungen, Menschen zu finden. Am Ende hatte ich 35 oder 40 Namen von Nachkommen, die dann nach Nürnberg gekommen sind, wo wir die Gründungsversammlung hatten.

Wie kann die Gesellschaft dazu beitragen, das Bewusstsein für diese oft vergessenen Opfergruppen zu schärfen?

Also das Wichtigste für unseren jungen Verband ist die mediale Präsenz. Es ist so, dass diese Opfergruppe in den Medien nach wie vor nicht wirklich präsent ist. Es gelingt einigen wenigen Journalisten, ab und zu mal davon zu berichten. Die taz, der Tagesspiegel, die Frankfurter Rundschau, der Freitag, die FAZ das sind Adressen, die ich anschreiben kann, und die bringen dann vielleicht auch etwas. Aber es hat bis heute noch keine größere Magazinsendung oder gar eine Talkshow gegeben. Nicht dass ich jetzt scharf bin auf Talkshows, aber ein Format, das überhaupt ein breiteres Echo finden kann, hat es eben bislang nicht gegeben. Also bemühen wir uns, das in den Pressemedien zu lancieren, und sind über jeden, der dazu schreibt, froh.

Welche Lehren können wir aus den Erfahrungen dieser Menschen für den Umgang mit sozialer Ausgrenzung und Stigmatisierung in der heutigen Gesellschaft ziehen?

Natürlich ist die Diskriminierung von Menschen, die deviant und delinquent werden, auch heute Alltag. Wir haben es immer noch nicht gelernt, zu erkennen, dass Menschen, die deviant oder delinquent werden, dies in den allermeisten Fällen aus sozialer Not tun. Wer klaut, unter den Brücken schläft oder in irgendeiner anderen Weise straffällig wird, glaubt in Krisenzeiten oft, sich nicht anders über Wasser halten zu können.

Es ist auch so: Man will nicht wahrhaben, dass eine Wirtschaftsordnung, die Konkurrenz und den privaten und persönlichen Profit als Grundlage hat, logischerweise und notwendigerweise auch Verlierer produziert, die dann mit Sozialhilfe-Maßnahmen einigermaßen ruhig gehalten werden müssen. Delinquenz und Devianz sind aber oft Notwehrverhalten, die leicht als »kriminell« oder »asozial« abgetan werden. »Das liegt dem im Blut oder in den Genen«, heißt es dann manchmal, was eine Argumentation darstellt, die ganz eng an der Nazi-Ideologie ist.

Das stellt man nicht in Frage, weil deviantes und delinquentes Verhalten nicht als Folge eines Konkurrenzsystems betrachtet werden, sondern als Charakterfehler des Individuums.

Da nützt es auch wenig, obwohl es sehr menschlich und sehr schön anzusehen ist, wenn man demjenigen, der vor dem Kaufhof sitzt und einen Becher hinhält, dann einen Euro spendet.

Mittwoch, 22. Januar, 18 Uhr: Vortrag von Frank Nonnenmacher bei der VHS Marktheidenfeld: »Ignorierte Opfer des Nationalsozialismus: Die von den Nazis »Asoziale« und »Berufsverbrecher« genannten KZ-Häftlinge.«

WIR LIEFERN AUCH STROM!

Top Tarife von Ihrem zuverlässigen Partner vor Ort finden Sie unter: www.e-m-s.de oder fordern Sie ein Angebot bei uns an: Mail: service@e-m-s.de Tel.: 06021 38672 30



ZWISCHEN DEN BRÜCKEN



... erzählt die Erzieherin, ihren Freundinnen, wie international sie durch ihre Arbeit geworden ist. »Wenn es Essen gibt, sag ich zu den türkischen Kindern dann halt: »Mangiare.« Eine Freundin klärt sie auf: »Das ist aber Italienisch.« Hoppla! Jo

VELOGLÜCK

2026 erste Ergebnisse

Von Heinz Scheid



Das Winterwetter mit Eisregen, Schnee und Frost macht keine Lust aufs Radfahren. Wobei es darauf ankommt, wo man ist. Bekannte von mir sind ins Warme geflogen, nach Mallorca, um sich dort abzustrampeln und fit zu bleiben für den Tag, an dem bei uns wieder angenehmeres Radfahrwetter herrscht.

Die Touren fürs neue Jahr sind schon geplant. Doch muss es nicht immer die Alpenüberquerung sein, oder eine verrückte Strecke quer durch Europa? Nein, auch hierzulande lassen sich fleißig Radkilometer in spannender Umgebung sammeln. Sogar im Alltag, auf dem Weg zur Arbeit, im Feierabend und am Wochenende. Der Kreis Main-Spessart hat eigens ein Radverkehrs-konzept erstellen lassen, das nun sogar beschildert wird.

Dafür ist zunächst ein weiteres Konzept nötig. Wie das beauftragte Planungsbüro kürzlich mitteilte, sei eine einheitliche Fahrradwegweisung das Ziel. Hierfür werde das Radwegenetz erneut befahren, um bestehende Schilder zu erfassen und neue Standorte festzulegen. Das werde wohl im Sommer 2025 abgeschlossen. Mit ersten Ergebnissen könne dann 2026 gerechnet werden.

Also: Es tut sich was fürs Radfahren, auch wenn alles seine Zeit braucht. Was ebenso für die im Radverkehrskonzept aufgezeigten Verbesserungen gilt. Ein paar sind bereits umgesetzt worden, wie bei der Jahnstraße in Lohr, einige Maßnahmen sind in Planung. Über den aktuellen Stand informiert eine Onlinekarte unter: <https://rv-k.de/Main-Spessart/Radverkehrskonzept/Ergebnisse/WebGIS.html>.

MEHR LOKALES

www.main-echo.de

Abonnenten-Service

Tel. 06021 396-316
aboservice@main-echo.de
www.main-echo.de/service
Redaktion Main-Spessart/
Main-Tauber

Die Redaktion ist telefonisch für Sie da: montags bis freitags 9 bis 15 Uhr.
Standort Lohr
Hauptstraße 21, 97816 Lohr
Ihre Ansprechpartnerinnen: Maria Friedel-Müller, Carolin Pfeuffer, Luisa Werthmann
Telefon: 09352 500-530
E-Mail: redaktion.lohr@main-echo.de; redaktion.marktheidenfeld@main-echo.de; redaktion.wertheim@main-echo.de